

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 opbn d

## Inhalt

42. Jahrgang / 86

7. Mai 1987

Dr. Andreas von Bülow  
MdB zur Behauptung von  
der konventionellen Über-  
legenheit des Ostens: Mit  
dem Dreisatz gegen ein  
Dogma.

Seite 1

Hans Böhler MdB zur  
Diepffen-Ausladung: Opfer  
seiner Politik des Verzö-  
gerns.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB  
zum Verhältnis der Bundes-  
regierung zum Fernsehen:  
Kapriolen.

Seite 5

Hans-Ulrich Klose MdB zum  
65. Geburtstag von Oswald  
Paulig: Grüße an einen  
rastlosen Kärner.

Seite 6

### Mit dem Dreisatz gegen ein Dogma

Die Behauptung von der konventionellen Überlegung des Ostens ist nicht haltbar

Von Dr. Andreas von Bülow MdB

Der Westen zeigt sich nur begrenzt abrüstungsfähig. Neuer Vorwand, um die Kurzstreckenraketen mittlerer Reichweite nicht in eine Nulllösung einzubeziehen ist das vermeintliche konventionelle Übergewicht der anderen Seite. Diese Behauptung gehört zu den festen Glaubenssätzen der NATO, hält einer Überprüfung jedoch nur sehr begrenzt stand, wie es überhaupt ein Geheimnis der NATO bleibt, weshalb 360 Millionen Westeuropäer 267 Millionen Amerikaner brauchen, um sich konventionell wirksam gegen 271 Millionen Sowjetmenschen zu schützen.

Von den Mannschaftszahlen her gerechnet ist das Ost-West-Zahlenverhältnis durchaus ausgeglichen und wenn man genau hinschaut, fällt es sogar zu Gunsten der NATO aus. Zusammen gerechnet stehen rund 5,3 Millionen Soldaten aller in der NATO verbündeten Staaten 4,8 Millionen Ostsoldaten des Warschauer Paktes gegenüber. Erst wenn man die Uniformträger Ost, die auf Baustellen der Sowjetunion, auf dem Eisenbahnnetz und in der Landwirtschaft in der Größenordnung von 700.000 Mann miteinrechnet, wenn man 500.000 im sowjetischen Küstenschutz, im Grenzschutz und der inneren Sicherheit eingesetzte Uniformträger als Angriffskräfte einbezieht, kann man die Zahlen der Ostbedrohung auf das erforderliche Maß der Überlegenheit heraufmanipulieren.

Einer der bedeutendsten Irrgärten, in den der unbedarfte Betrachter hineingeführt zu werden pflegt, ist der der Divisionsvergleiche. Hier darf der Westler vor 253 „präsenten“ östlichen Divisionen (Weißbuch) erschauern, davon rund 185 sowjetischen, denen kaum mehr als 45 westliche gegenüberstehen. Hoffnungslos denkt der Laie. Schaut man näher hin, dann wird der

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortungsvoll  
ausgegeben durch  
Rudolf Schwinn



Einsatzgrad dieser Einheiten sehr willkürlich als „präsent“ im westlichen Sinne angenommen. Zahlreiche sowjetische Divisionen sind reine Geräteeinheiten mit veraltetem Material, die mit Reservisten aufgefüllt und dann erst noch auf Einsatzfähigkeit getrimmt werden müßten.

Geht man noch weiter ins Detail, dann wird man sich als Laie wundern, daß zum Beispiel 207.000 polnische Heeressoldaten die stolze Kampfkraft von 15 Divisionen bilden, während die Bundeswehr mit 340.000 Heeressoldaten nur auf lächerliche 12 Divisionen kommt. Bevor man sich in das Nicht-Beurteilen-Können zurückzieht, sollte man den aus dem Mathematikunterricht bekannten Dreisatz zu Hilfe nehmen. Die sowjetischen Landstreitkräfte ohne Küstenschutz, Bauarbeiter, Grenztruppen und so weiter umfassen 1.825.000 Mann. Das Weißbuch unterstellt der Sowjetunion 185 präsen-te Divisionen. Macht man die Division zur Zähl-einheit so kommt man pro Division auf eine durchschnittliche Umfangsstärke von 9.865 Mann. Teilt man das westdeutsche Heer durch die so gefundene Umfangsstärke einer sowjetischen Division, so erhält man nach Adam Riese satte 34,5 Divisionen statt der im Kräfteverhältnis angegebenen 12.

Umgekehrt, teilt man die 340.000 westdeutschen Heeressoldaten auf 12 Divisionen auf, so kommt man auf einen Mannschaftsbestand von 28.333 Mann je Division. Nimmt man nun die sowjetischen und die Bundeswehrdivisionen zum Umrechnungsmaßstab, so ergibt sich folgendes Bild: 265 auf sowjetisches Maß einheitlich umgerechneten Divisionen des Warschauer Paktes stehen dann 302 nach Ostmaß umgerechnete Westdivisionen entgegen. Oder macht man die Bundeswehrheeresdivision zum Maß aller Dinge, dann stünden 92 Divisionen des Warschauer Paktes 105 Divisionen der NATO gegenüber. Natürlich sind ein erheblicher Teil der amerikanischen Heeressoldaten nicht in Europa sondern in den USA und im Pazifik stationiert. Doch auf der östlichen Seite sind auch die China gegenüberstehenden sowjetischen Divisionen in die Rechnung einbezogen, während die große Zahl chinesischer Heeresdivisionen außer Acht gelassen wurden.

Hat man nun die Divisionszählerei um ihre Logik gebracht, dann ist das Spiel noch lange nicht zu Ende. Gegen die Erkenntnisse aus dem Dreisatz wird nun die allseits bekannte östliche Tüchtigkeit und Effizienz ins Feld geführt. Eine Division Ost habe die gleiche Kampfkraft wie eine um das Vielfache personalstärkere Division West. 9.900 Mann Ost käme die gleiche Kampfkraft zu wie 28.300 Schwachmännern West, wegen Verweichlichung, Kaugummi, Nichtlaufenwollen, opulenter Ernährung und so weiter. Die Argumentation ist zu großen Teilen lächerlich. Eines fällt jedoch auf: Schaut man sich die Panzerausrüstung West und Ost an, dann schaffen es Warschauer Pakt Armeen, pro Division ungefähr die gleiche Waffenzahl ins Feld zu führen wie die westliche mit ihren durchschnittlich 28.300 Mann. Gegen derlei Argumentiererei gibt es nur ein probates Mittel: Die Aufforderung an die westliche Seite, sich ebenso schlank und rank zu organisieren wie die östliche Seite, also zum Beispiel aus 12 Bundeswehrdivisionen 34 oder 35 zu machen.

Doch das geht natürlich nicht. Auf Nichts könne man verzichten, sagen die westlichen Militärs, nicht auf einen Teil der Pioniere, einen Teil der Fernmelder, der Sanitäter, der Versorger oder der Instand-setzer. In Wirklichkeit fällt eine östliche Division trotz nahezu gleicher Ausgangskampfkraft nach Rohren wegen der sehr knapp bemessenen Kampfunterstützung sehr schnell in ihrer Leistungskraft ab, viel früher als eine westliche. Eine Bewegung unter den westlichen Soldaten, der östlichen Effizienz nachzueifern, ist daher auch nirgendwo erkennbar.

Sind weder die Mannschaftszahlen noch die Divisionszahlen sonderlich aufregend, so bleiben die in der Tat beachtlichen östlichen Bestände an Kampfgerät. Ganz offensichtlich verschrottet insbesondere die sowjetische Armee ihre ausgemusterte Waffen nicht, sondern bewahrt sie als Aushilfsgerät für den Ernstfall auf, während die lohnempfindlichen westlichen NATO-Staaten ausgemustertes Material in der Regel allein aus Gründen der Materialerhaltungskosten verschrotten oder NATO-Partnern am Rande des Bedrohungsgebietes vermachen. Aus diesem Tatbestand ist im Wesentlichen die immer wieder behauptete 3:1 Überlegenheit des Ostens abzuleiten.

Diese 3:1 Materialüberlegenheit wird dann in der Regel bedrohungsgerecht weiter aufgebohrt indem behauptet wird, das östliche Material sei dem westlichen in der militärischen Wirksamkeit durchaus vergleichbar, wenn nicht gar überlegen. Daß dies nicht stimmt, belegen nicht nur die Ausschlachtungen östlichen Kriegsmaterials durch westliche Experten sondern auch die unmittelbaren Beobachtungen in Nah-Ost. In keiner der Auseinandersetzungen seit Kriegsende hat das östliche Material in arabischer Hand auch nur einen nennenswerten Stich machen können, trotz enormer zahlenmäßiger Überlegenheit der arabischen Seite. In der ganzen Region müßte die Hölle los sein, wenn sich arabische Überlegenheit mit einer der westlichen ebenbürtigen Waffentechnik verbinden würde. Daß die Israelis nicht gerne die Überlegenheit des westlichen Materials an die große Glocke hängen, sondern sich einreihen in die Kette derer, die die Gefährlichkeit des östlichen Materials beklagen, hängt mit der Notwendigkeit zusammen, ständig von Amerika zu günstigen Bedingungen, wenn nicht gar kostenlos, mit den neuesten Waffen ausgerüstet zu werden.

Schaut man sich die Luftwaffenseite an, so sieht man auch dort zunächst nur schwarz in schwarz. Die Zahlen sehen so ungünstig wie bei den Panzern aus. Doch auch hier wird Unterlegenheit kräftig herbeimanipuliert. Man zähle nur das in Europa stationierte oder offiziell für Europa im Ernstfall fest verplante Material und vergleiche dies mit dem Gesamtpotential der UdSSR von der Westgrenze bis zur asiatischen Küste 10.000 km entfernt. So kann man alle in den USA stationierten Flugzeuge aus der Rechnung heraushalten ebenso wie die im Pazifik stationierten Flieger, von den 1.400 auf Flugzeugträgern stationierten Flugzeugen ganz zu schweigen.

Wirft man dann noch einen Blick auf die Zuladungsfähigkeit, die Reichweiten und das vielfältigere Einsatzprofil westlicher Flugzeuge im Vergleich zu den östlichen, so kommt man zu einem ähnlichen Urteil wie die im Auftrag des Verteidigungsministeriums arbeitende IABG in München, die in einer Studie zu dem Ergebnis kommt, daß der Westen in Sachen Luft wider Erwarten gut dasteht.

Bei all diesen Betrachtungen ist noch nicht einmal berücksichtigt die Frage der Motivation ostdeutscher, polnischer, ungarischer, tschechischer oder slowakischer 18jähriger Wehrpflichtiger, sich in einen sowjetisch geführten Angriffskrieg gegen den Westen zu stürzen. Sie alle wollen nach Westen, nicht aber um das sowjetische Modell des Kommunismus zu verbreiten sondern um Reisen zu können wie unsere Jugend auch. Wir haben hier keine wildgewordenen und überzeugten Hitlerjungen vor uns sondern dem eigenen Regime zutiefst skeptisch bis ablehnend gegenüberstehende Generationen. Sie alle hoffen auf mehr Freiheit im östlichen System, auf mehr Glasnost, auf das Gelingen des Gorbatschowschen Experiments.

Der Westen jedoch wird im Zustand einer hoffnungslosen Konzeptionslosigkeit erwischt. Aus dogmatischer Verbissenheit in die Regeln des Raketenschachs wollen die Unionsparteien die 72 Pershing Ia Raketen der Bundeswehr als Geisel festhalten, um eine konventionelle Abrüstung der Sowjetunion zu erzwingen. Die Position wäre glaubwürdig, gäbe es eine Vorstellung der Bundesregierung, wie diese Abrüstung zwischen West und Ost ins Werk gesetzt werden könnte. Diese Arbeit ist nicht geleistet worden. Der Westen überläßt es auch in diesem Feld dem neuen sowjetischen Führer, neue Vorschläge zu unterbreiten. Wünschenswert wären gemeinsame und möglichst niedrige Obergrenzen für das Offensivpotential beider Seiten, zum Beispiel für Kampfpanzer. Beide Seiten müssen sich darauf einrichten, sich wirksam verteidigen, wechselseitig jedoch nicht mehr überfallen zu können.

(-/7.5.1987/rs/ks)

**Eingeladen - ausgeladen**

**Dieppen Opfer seiner Politik des Verzögerns**

**Von Hans Büchler MdB**

**Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen**

Eigentlich hat Herr Dieppen die Quasi-Ausladung aus Ost-Berlin nicht verdient. Einer Unzahl von Widerständen vor allem aus den Reihen seiner eigenen Partei, der CDU, zum Trotz, hat Dieppen einen deutschlandpolitischen Kurs gesteuert, der die Möglichkeiten des Viermächte-Abkommens über Berlin zum Nutzen der Stadt ausschöpfen will.

Erst vor wenigen Wochen ist in Berlin (West) eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Regierenden Bürgermeister und der SPD über diesen Kurs festgestellt worden.

Umstritten waren die Winkelzüge der „Einladungspolitik“. Über sechs Monate war Dieppen nicht in der Lage, die Einladung zum Staatsakt nach Ost-Berlin anzunehmen. Er hat so lange gezögert, bis andere eine Entscheidung trafen. Er hat die Ebene der Bürgermeister, die sogenannte kommunale Ebene, umgangen, in dem er seine Teilnahme am Bürgermeistertreffen in Ost-Berlin abgesagt und den Ost-Berliner Oberbürgermeister Krack selbst nicht eingeladen hat. Zuletzt soll er sogar - so der „Tagesspiegel“ vom 29. April - ein Zusammenspiel der westlichen Alliierten mit der Sowjetunion ausgemacht haben, daß zu den Absagen geführt habe. In der Tat haben die Westalliierten nicht immer konstruktiv gewirkt. Nicht ohne Grund hat die Berliner SPD die kommunale Ebene für aussichtsreicher gehalten, als die sensationelle Einladung an Honecker.

Beim Festakt zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier in West-Berlin wurden Reden gehalten, die Honeckers Überzeugungen widersprechen. Dies muß man sehen. In keiner der Reden beim Festakt in Berlin (West) ist gegen das Viermächte-Abkommen verstoßen worden. So gesehen ist die Kritik an der DDR schon als kleinlich zu bezeichnen. Und man muß auch sehen, daß von Berlinern nicht verlangt werden kann, der DDR zuliebe die Mauer zu verschweigen oder gar zu akzeptieren. Schon gar nicht für Sozialdemokraten. Diese Klippe wurde bei der „Einladungspolitik“ offenbar nicht hinreichend bedacht. Deshalb ist es nicht gelungen, den Grundsatz der Deutschland- und Entspannungspolitik zu befolgen, daß im Umgang der Deutschen miteinander die grundsätzlichen Gegensätze in der nationalen Frage pragmatische Fortschritte im Interesse der Menschen nicht behindern dürfen.

Obwohl nun Gemeinsamkeiten bei der 750-Jahr-Feier gescheitert sind, ist der Kurs, der auf der Grundlage des Viermächte-Abkommens und des Grundlagenvertrags die Beziehungen von Berlin (West) mit Berlin (Ost) und mit der DDR realistisch gestalten will, aktiv fortzuführen. Kleinliche Aufrechnerei darf jetzt auf beiden Seiten nicht die Oberhand gewinnen. Auch die DDR kann dazu beitragen, daß nicht weiteres Prozedieren zerschlagen wird. Sie müßte auch ein Interesse daran haben, daß Berlin ein zentraler Ort der Verständigung zwischen Ost und West wird.

(-/7.5.1987/rs/ks)



Kapriolen

Die Bundesregierung und das Fernsehen

Von Dr. Dietrich Sparling MdB

Der Abteilungsleiter im Bundespresseamt, Wolfgang Bergsdorf, hat einige bemerkenswerte Ausführungen über das Verhältnis von Fernsehen und Politik gemacht.

Zunächst muß man wissen, wer sich da äußert: Bergsdorf stammt aus dem Adenauer-Haus, hat sich theoretisch mit dem Verhältnis von Sprache, Macht über Sprache und Politik befaßt und bei und für Heiner Geißler praktisch in diesem Feld geübt. Bekanntermaßen gibt es bei diesem Spezialisten in Sachen politischer Semantik und ihres strategischen Einsatzes.

Das, was Bergsdorf über Fernsehen und Politik sagt, ist aber (angesichts dieses Hintergrundes verblüffenderweise) richtig und bedenkenswert. Er beschreibt den Visualisierungszwang, dem das Fernsehen unterliegt und stellt fest:

„So wird die Politik verkürzt auf das Vorzeigbare mit dem Effekt, daß sich die Information auf die politischen Persönlichkeiten zentriert.“

Und:

„Je mehr der Bürger das Fernsehen als Hauptquelle politischer Information benutzt, desto abhängiger wird seine Vorstellung über Wirklichkeit von der durch das Fernsehen vorgeprägten Realität. Gefährdet wird seine Fähigkeit, sich mit der Komplexität des Politischen auseinanderzusetzen, weil dieses Medium - anders als zum Beispiel die Zeitung - Schwierigkeiten hat, die komplexen Zusammenhänge in der parlamentarischen Demokratie darzustellen.“

Tüchtig, wie Herr Bergsdorf ist, hat er diese Texte gleich mehrfach veröffentlicht - im „Rheinischen Merkur“, einem konservativen Kampfblatt und in einer Schrift der Bundeszentrale für politische Bildung - eine Einrichtung, deren Aufgabe Aufklärung und Information ist und die dem Bundesinnenminister untersteht, auch wenn dies wie ein Widerspruch klingt.

Die Veröffentlichung hat den Regierungssprecher Friedhelm Ost, Bergsdorfs Chef, peinlich berührt. Einmal, weil er sich verständlicherweise als Fernsehmann angegriffen fühlen muß (die Sätze könnten fast auf ihn gemünzt sein) und weil dies auch noch in einer Schrift der Bundeszentrale erschienen ist. Also hat er zunächst einmal Bergsdorfs Äußerungen zu einem Informationsbeitrag gemacht, den die Bundeszentrale nur veröffentlicht hat und sie ausdrücklich als „keine Äußerung der Bundeszentrale“ darstellt - in dieser feinen Unterscheidung wiederum steckt einiges drin.

Dann hat er noch obendrauf den Beitrag seines Untergebenen zur „genehmigungsfreien wissenschaftlichen Nebentätigkeit“ erklärt.

Deutlicher geht's nicht mehr.

Auch Herr Spranger vom Bundesinnenministerium muß das ähnlich sehen. Denn er hat auf die Frage, warum denn die Bundesregierung trotz der Einsichten ihres Abteilungsleiters noch mehr Fernsehprogramme von kommerziellen Veranstaltern ermöglichen will, erklärt, daß private Programme - so ganz glaubt er es selber nicht, deshalb hat er hinzugefügt „im geregelten Nebeneinander mit dem binnenpluralistisch gestalteten öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ - günstige Bedingungen für „mehr Information und für ein größeres Meinungsspektrum“ bieten. Mit den wissenschaftlich begründeten Aussagen von Wolfgang Bergsdorf, auch wenn es sich nur um eine genehmigungsfreie Nebentätigkeit gehandelt hat, ist dies jedenfalls nicht zu vereinbaren.

Vielleicht könnte es helfen, wenn er seine in diesem Fall richtigen Erkenntnisse nicht nur genehmigungsfrei und wissenschaftlich verbreiten würde, sondern auch auf dem Dienstweg seinen Vorgesetzten vermitteln würde. Vielleicht kriegten sie's dann mit. Denn so, wie sie sich verhalten, scheinen sie ihre politischen Informationen nur aus dem Fernsehen zu beziehen.

(-/7.5.1987/rs/fr)

\* \* \*



Gruß an einen rastlosen Kämpfer

Oswald Paulig zum 65. Geburtstag

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Am 8. Mai wird Oswald Paulig 65. Ich möchte dies zum Anlaß nehmen, ihm sehr herzlich zu gratulieren.

Oswald Paulig ist ein rastloser Kämpfer im Dienste der SPD - aber auch ein leidenschaftlicher Kämpfer für die Genossenschaftsidee. Als Präsident des Revisionsverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften und als Schatzmeister der SPD-Landesorganisation Hamburg bewegt er sich in zwei Bereichen, die noch vor nicht allzu langer Zeit für Sozialdemokraten fest zusammengehörten.

Die SPD bemüht sich - angetrieben von Hans-Jochen Vogel - seit einigen Jahren um die Wiederbelebung der Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsidee. Dabei spielt Oswald Paulig eine hervorragende Rolle. Seine anfängliche Skepsis gegenüber unserem Konzept, die SPD könne und müsse einen Brückenschlag zwischen den alten und den neuen (alternativen) Genossenschaften herbeiführen, ist inzwischen durch engagierte Mitarbeit ausgeräumt. Oswald Paulig gehört heute zu denjenigen weitblickenden Vertretern des traditionellen Genossenschaftssektors, die man mit Fug und Recht Freunde auch der neuen Genossenschaften nennen kann.

Die SPD hat erkannt, daß sich die Wiederbelebung der Genossenschaftsidee in ihrer programmatischen Arbeit niederschlagen muß. Konkret bedeutet das, neuen Projektgründungen im Genossenschaftsbereich zu helfen und in der SPD für den Aufbau genossenschaftlich geführter Projekte als Lernfelder zu sorgen.

Von Oswald Paulig haben wir gelernt, daß politische Identitätsfindung wieder mehr in der ganzheitlichen Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes erfolgen muß. Dazu gehören genossenschaftliche Ansätze, bei denen es vorrangig um ökonomische Ziele, aber doch immer auch um soziale und kulturelle Werte geht.

Ich wünsche Oswald Paulig noch viele erfüllte Jahre - als Genosse und Genossenschaffer.

(-/7.5.1987/rs/fr)

\* \* \*

